

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Verlagspreis Nr. 216

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verlagspreis Nr. 226

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierzeiligen Blattzeilen oder deren Raum 15 Pf. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden!

Nr. 102

Freitag, den 4 Mai 1906.

13. Jahrg.

Stiergen eine Wollage.

Der Triumph der Maiseier.

Der Verlauf der diesjährigen Maiseier war ein Triumph des Maiseiergeistes. Die eingegangenen Briefe aus dem Deutschen Reich bezeugen einhellig, daß niemals noch die Beteiligung eine annähernd gleich starke war, wie in diesem Jahre! Nicht nur die Veranstaltungen am Nachmittag und Abend waren ungeheuer stark besucht, sondern vor allen Dingen auch die den Kern der Maiseier bildenden Vormittagsversammlungen, in denen das feiernde Proletariat zur Ablegung des dreifachen Maiseiergebüdes: Achtstundentag, Völkereleben und freies Wahlrecht! in Massen zusammenströmte. Das erhebende Bild, das die feiernde Reichshauptstadt bot, lehrte in allen Bundesbesitzungen, in allen größeren und selbst zahlreichen kleineren Städten wieder! Unabsehbare Kolonnen festlich gekleideter und gestimmter Arbeiter zogen schon am frühen Vormittag zu erster Kundgebung, und abends stauten sich die schwarzen Menschenmengen in unabsehbarer Zahl in und vor den Festlokalen — oft in drangvoll überfüllter Lage, aber doch in stolzhaltener Festfreude, ein einzig Volk von Brüdern!

Der Vormarsch der Maiseier ist nun nicht mehr aufzuhalten! Die Massen des arbeitenden Volkes selbst haben diesmal durch eine Abstimmung der übereinstimmendsten Art bezeugt, daß sie sich ihren Festtag nicht nehmen lassen, daß sie ihn zum Gemeingut des gesamten Proletariats machen wollen! Die deutsche Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie ihren Festtag in Ehren hält, daß sie sich in der Erfüllung der internationalen Pflichten von keiner anderen Nation übertreffen läßt!

Die deutsche Maiseier stand diesmal unter dem Zeichen des Wahlrechtskampfes. Und daß die Arbeiterschaft diesmal einen so gewaltigen Umfang angenommen hat, sollte der Reaktion ein Beweis dafür sein, von welcher Empörung das Proletariat gegen die schmachvolle Wahlentziehung erfüllt ist! Aber durch diese Demonstration hat sich der Wahlrechtskampf nicht erschöpft: im Gegenteil, der Kampf gegen die Wahlrechtsverweigerung wird nun erst recht entbrennen! Und wie sich das Proletariat das Recht erobert, an einem selbstgeschaffenen Festtage das Arbeitsgerät ruhen zu lassen, so wird es sich auch seine politischen Rechte erobern, trotz allen Widerstandes des privilegierten Geldadels!

Über nicht nur in Deutschland war diesmal die Maiseier eine so imposante. Auch die Genossen in Oesterreich-Ungarn haben eine neue glänzende Probe ihrer bewährten Kampfkraft abgelegt. Die Wiener Arbeiter, die sich ja schon längst durch ihre Demonstrationen die Bewunderung der proletarischen Welt erworben haben, sind in diesem Jahre noch zahlreicher angetreten als je zuvor. War doch auch ihre Maiseier in erster Linie eine Wahlrechtsdemonstration. Galt es doch, durch eine ernste Warnung in letzter Stunde der schwankenden Regierung den Rachen zu öffnen, damit sie nicht ihre Wahlrechtspläne vor den Wühlereien des Großgrundbesitzes fallen ließ. Und es scheint, als ob die Regierung denn doch noch den Ernst der Situation begriffen habe und die Wahlreform durchzuführen entschlossen sei.

Auch in Frankreich, speziell in Paris, ist die Maiseier in bisher ungewöhnlichem Umfange begangen worden. Die Arbeiterschaft der Hauptstadt war eine allgemehr, das proletarische Paris macht nach dem Beispiel auch bürgerlicher Korrespondenten einen durchaus feierlichen Eindruck. Das bürgerliche Paris war dafür in ein Heerlager verwandelt, da die Regierung kolossale militärische Vorbereitungen getroffen hatte. So hat denn auch das Proletariat der kapitalistischen Republik seinen 21. Januar erlebt! Bei der besonnenen Haltung des Proletariats ist es zu ernstlichen Zusammenstößen nicht gekommen.

So zeigt die Maiseier 1906 überall das Bild kräftigen Vorwärtsdrängens. Ein felscher Laström ist, von Rußland herüberwehend, in die europäische Stidluft hineingedrungen. Energisches Wollen und frohes Hoffen schwellt allüberall die Herzen des Proletariats! Verschieden in seinen Kampfmitteln, aber gleich in seiner Tatkraft, seinem Opfermut, seiner Kampfgeistigkeit, ringt in allen Ländern das Proletariat mit den Mächten der Reaktion!

Nieder mit der Klassenherrschaft und der Massenentwertung!
Hoch der Völker-Mai, die sozialistische Menschheitsbefreiung!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag unterbrach am Mittwoch die Steuerdebatte durch die zweite Lesung des Tolerananzuges des Zentrums. Beim grundlegenden § 1, der nachher in einer eine unlegbare Verbesserung dar-

stellenden Fassung angenommen wurde, die ein freisinniger Antrag vorschlug, gab es eine Art Generaldebatte. Grober vertrat den Zentrumsantrag; die Abgg. Dieber, Henning, Gamp, Stöcker gaben die Haltung ihrer Gruppen oder Gruppchen (Furcht vor der römischen Konkurrenz) zu Protokoll. — Die freisinnigen Redner Müller-Meinungen und Schrader sprachen ihre bedingte Zustimmung zu dem ersten Teile des Tolerananzuges aus. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Genosse Dr. David. Es ist zuzugeben, daß die katholische Kirche nicht die kleinliche Furcht vor Konkurrenz hegt, wie sie in den Angstschreien der evangelischen Geistlichen so häufig zu Tage tritt. Von wahrer Freiheit wollen indessen die Toleranzierten ebenso wenig wissen, wie die Bescheitelten. Nur die Trennung von Kirche und Staat kann Klarheit, kann wirkliche Freiheit bringen. Immerhin bezeichnet der Tolerananzug, vorausgesetzt, daß bedeutende Verbesserungen an ihm vorgenommen werden, einen unlegbaren Fortschritt. Aus diesen Erwägungen stimmt unsere Fraktion für ihn. Von den weiteren Paragraphen der Vorlage gab allein der § 4, der Erziehungsparagrah, Anlaß zu einer längeren Debatte. Es gelang uns, eine nicht unwichtige redaktionelle Verbesserung durchzusetzen. Genosse Adolf Hoffmann geistelte die elende Heuchelei der Mehrheitsparteien, die über Sprachschwierigkeiten im Hohngelächter ausstimmten, aber in der Volksschule alles Wissen zu Gunsten einer Religion unterdrücken, die die Schüler zu willenlosen Objekten kapitalistischer Ausbeutung erziehen soll. — Die Beratung des Restes der Vorlage wurde auf Donnerstag verschoben. Weiter kommt unsere Interpellation über die Ausweisungsschmach zur Beratung. Die Letztere hat folgenden Wortlaut: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Polizeipräsident von Berlin mit Billigung des preussischen Ministers des Innern in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikel 1 des russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 28. Juli 1904 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verweist? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen zu tun?“

Eine allgemeine Aussperrung im Metallgewerbe geplant. Dem „Hbg. Corr.“ wird unter dem gestrigen Datum aus Berlin gemeldet: „Der Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen nahm heute in einer Plenarversammlung Stellung zu den Streiks, durch die die deutsche Metallindustrie seit längerer Zeit in einigen Großstädten beunruhigt (1) wird. Vertreter des Verbandes aus allen Teilen Deutschlands, insgesamt 50 Personen, waren in Berlin anwesend. Es gab eine Beschlusfassung über die Frage: Sollen die Streiks, unter denen zur Zeit acht Bezirke des Bundes leiden, beantwortet werden durch eine Generalaussperrung der 300 000 Arbeiter, die in den Betrieben des Verbandes beschäftigt sind? Der eigentlichen Sitzung ging eine längere Vorbesprechung voraus. Die Versammlung tagte unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es wurde zunächst Geheimhaltung des Ergebnisses beschlossen; doch verlautet, daß die bedingte Aussperrung beschlossen worden ist.“ — Es bleibt abzuwarten, ob die Aussperrung tatsächlich perfekt wird. Das eine aber mögen sich die Metallindustriellen heute schon gesagt sein lassen: Die Arbeiter der Metallindustrie stehen allen Anschlägen des Unternehmertums gerüstet und gewappnet gegenüber.

Ein Reaktionär jähmischer Sorte, der jüdische Minister des Innern, v. Meisch, hat am 1. Mai seinen Posten verlassen, um Platz für seinen Nachfolger, v. Hohenzollern, zu machen. 15 Jahre lang hat er sein Szepter geschwungen und während dieser Zeit nicht wenig mit dazu beigetragen, daß Sachsen in den Ruf kam, neben Rußland das reaktionärste Staatsgebilde zu sein.

Durch Erhebungen will Staatssekretär Graf von Posadowsky das Primarhalterelend lindern. Eine gesetzliche Regelung der Primarhalterelände, zu der das vorliegende Material mehr als ausreichend ist, wäre zweifellos zweckmäßiger.

Die Diätenkommission des Reichstages, die zunächst die Änderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung berät, hat mit 17 gegen 2 Stimmen einen Antrag von Dr. Arendt angenommen, nach dem den Abgeordneten freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode auf den deutschen Bahnen gewährt werden soll.

Achtung! Seitens der freisinnigen Parteileitung im Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau ist ein Aufruf erlassen worden, in dem die Wähler des Pfarrers Koppel aufgefodert werden, am Stichwahltag für unseren Kandidaten, Genossen Berthold, einzutreten. Wenn die freisinnigen und nationalsozialen Mannen dieser Parole

Folge leisten, dann ist der Sieg unser. Bei der Unzuverlässigkeit dieser Leute im allgemeinen aber heißt es zunächst: Abwarten!

Die Reichstagsersatzwahl in Hagen-Schwelm ist auf den 19. Juli festgesetzt worden.

Rußland.

Bitte soll nach verschiedenen Blättermeldungen „aus Gesundheitsrückichten“ zurücktreten wollen. Jedenfalls wird er gegoren. Ein diesbezüglicher Ukas soll heute veröffentlicht werden.

Gerichtet? Der „Wost. Bl.“ zufolge ist vor 14 Tagen in Warschau ein junger wohlhabender Kaufmann Namens Edward Torpitz getötet worden. Er verwaltete ein Haus seines Vaters, in dem Rosa Luzemburg wohnte, und als diese verhaftet worden war, geriet er in den Verdacht, sie an die Polizei verraten zu haben.

Das Militär wird unruhig. Im Garderegiment Preobraschenski wurde eine größere Anzahl Soldaten wegen regierungsfeindlicher Agitationen in der Heere verhaftet. Bei dem in Moskau weilenden, kürzlich vom Amt zurückgetretenen Gehilfen des Ministers des Innern, Fürsten Urusow, erschien die Polizei, um ihn wegen politischer Umtriebe zu verhaften. Vorläufig gelang es dem Fürsten, als Mitglied der Reichsduma, der Verhaftung zu entgehen. — Am Sonntag, 3. April, hielt die 13. Kompanie des in Tiflis stehenden Ringregiments die Leute von den Offizieren des Regiments auseinandergetrieben. Die Soldaten dieser Kompanie, meist Stodrusen, hatten Befehle aus der Heimat erhalten, mit der Mitteilung, daß Kosaken ihre Dörfer plündern und ihre Angehörigen niederzuwerfen. Auch hatte man den Soldaten dieses Regiments versprochen, den Patrouillen (Infolge des Kriegszustandes gehen Tags wie Nachts Militärpatrouillen durch die Straßen von Tiflis) pro Person und Tag 15 Kop. und bessere Kleidung zu geben, welche Vergütungen jedoch in den letzten Monaten nicht erfolgt sein sollen. Am Abend desselben Tages wollte die 13. Kompanie des genannten Regiments wieder zu einer Versammlung zusammentreten und versuchte, auch die 14. Kompanie heranzuziehen. Letztere weigerte sich, und schließlich kam es zu einem Kampfe zwischen den beiden Kompanien, wobei drei Soldaten getötet und neun schwer verwundet wurden. Die 14. Kompanie bekam die Oberhand und die Hauptführer wurden verhaftet. Von derselben sollen bereits zwölf Mann standrechtlich erschossen worden sein. — Erste militärische Unruhen ereigneten sich in der Nacht zum 1. Mai in Sebastopol. Ein Strafbataillon eskortierte das Militärgefängnis und setzte 35 Gefangene, die bei den Meutereien im vorigen Jahre die Führer waren, in Freiheit. Der Gouverneur telegraphierte nach Petersburg: Die Lage ist ernst, wenn auch über den Umfang der Revolte noch nichts Genaueres bekannt ist.

Der 1. Mai. In Warschau ist am Dienstag wegen der Maiseier absoluter Stillstand eingetreten. Alles ist geschlossen, die Fabriken, Kaufhäuser, sogar die Konditoreien und Kaffeehäuser. Der Tramway- und der Droschkenverkehr ist eingestellt. Man sieht nur wenige Fuhrwerke auf den Straßen. Zahlreiche Kavalleriepatrouillen durchziehen die Straßen. Die Vorhänge sind militärisch vom Zentrum abgesperrt. Bisher ereignete sich kein Zusammenstoß. In der Nacht wurden zwei Polizisten erschossen. — Aus Moskau wird vom 1. Mai gemeldet: In Voraussicht von Kundgebungen am heutigen Tage nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor, wobei Vorbereitungen zu revolutionären Bestrebungen entdeckt wurden. 14 Revolutionäre wurden verhaftet im Presnastadtviertel, wo sie in einem Hotel eine Versammlung abhielten. Während die Verhaftungen vorgenommen wurden, schoß eine Frau aus einem Revolver auf einen Gendarmehauptmann, während eine andere Frau eine Bombe warf, die nicht explodierte.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die österreichische Wahlreform gestolpert ist der Ministerpräsident v. Gautsch. Er geht und an seine Stelle tritt ein Mitglied des internationalen Hauses Hohenzollern, seines Zeichens ein Prinz.

Von den ungarischen Wahlen waren bis gestern Abend 351 Resultate bekannt. Die Unabhängigkeitspartei hat bis jetzt 47, die Verfassungspartei 15 und die sozialdemokratische Partei 1 Mandat gewonnen. — In Ujbaah kam es zu Wahlkrawallen, bei denen 5 Personen getötet wurden.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 2. Mai 1906.

92. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Rommissare.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des vom Zentrum eingebrachten Tolerananzuges.

Die Debatte beginnt bei § 1, der jedem deutschen Staatsbürger Freiheit des religiösen Bekenntnisses (und der Religion gewährt).

Die Abg. Dr. Müller-Meinungen und Dr. Müller-Sagan (Fp.) haben einen gleich gerichteten, aber redaktionell anders formulierten § 1 vorgelegt und außerdem die Entfaltung eines § 1a: Niemand ist verpflichtet, seiner oder seiner Angehörigen Glaubensmeinungen, oder Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft zu offenbaren. Staatliche oder kommunale Behörden dürfen keine regelmäßigen Befragungen oder Aufzeichnungen darüber vornehmen.

Dr. Stöcker (B.) gibt einen Ueberblick über die Geschichte der Toleranz vom Augsburger Religionsfrieden bis auf den heutigen Tag. Die Bestimmungen einzelner Bundesstaaten, nach welchem gottesdienstliche Handlungen einer Konfession der staatlichen Genehmigung bedürfen, sind Ueberbleibsel des alten Volkseinstimmens. Eben deshalb sollte der Reichstag hier eingreifen. Wir treten für die Freiheit der Religionsübung der Dissidenten ein, soweit deren Tätigkeit nicht mit den sittlichen Forderungen der Gesellschaft in Konflikt kommt. — Der Kampf der Konfessionen kann nur auf dem Boden der Freiheit ausgefochten werden. Zu dem Antrag Dr. Müller-Meinungen können wir erst Stellung nehmen, wenn wir seine Begründung gehört haben. Wir haben keine Hintergedanken bei unserem Antrage und sind gern bereit, Abänderungen und Zusätze gewissenhaft zu prüfen und eventuell anzunehmen. — Wir verlangen aber können wir, daß das Mißtrauen gegen unsern Antrag aufhört. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Dr. David (SD.): Der Vorredner beklagt sich über das Mißtrauen gegenüber dem Zentrum. Aber wenn Mißtrauen überhaupt eine demokratische Tugend ist, so besonders dem Zentrum gegenüber. (Sehr gut! links, Lachen im Zentr.) Wir haben nicht die Angstreue gewisser Kreise gegenüber diesem Antrage mitgemacht, seinem Grundprinzip vielmehr stets zugestimmt, soweit es sich darum handelt, die in manchen deutschen Einzelstaaten noch bestehenden Schranken der religiösen Ausübung zu beseitigen. Aber wie wenig ernst es dem Zentrum oder doch dem ihm nahestehenden Kreise mit wirklicher Toleranz ist, erleben wir ja alle Tage. Erst kürzlich ist wieder auf Betreiben der Ultramontanen ein Lehrer wegen einer naturwissenschaftlichen Schrift aus Koblenz strafverurteilt worden und die „Germania“ hat sich darüber weidlich geäußert. — Dieses unser Mißtrauen verhindert uns aber nicht zu glauben, daß es dem Zentrum in seiner Weise mit dem Toleranzantrag ernst ist. Die katholische Kirche hat, wie zugestanden werden muß, die lägliche Angstmeierei und Konfessionsfurcht nicht nötig, die den evangelischen Bund und sonstige protestantische Organisationen erfüllt. Mit ihrer Furcht vor Rom stellen sich diese Protestanten selbst das aller schlimmste geistige Armutszeugnis aus. (Sehr richtig! b. d. Soz. und im Zentr.) Bei manchen protestantischen Geistlichen ist diese Furcht vor Rom direkt pathologisch geworden. Die Fassung des § 1, auch die, die das Zentrum uns vorschlägt, gibt zu solchen Angstmeiereien keinen Grund. Nach den Motiven des Gesetzes ist kein Zweifel darüber möglich, daß hier der Ausdruck „religiöses Bekenntnis“ in dem weitesten Sinne genommen ist, daß also Atheismus, Pantheismus und Monismus darunter fallen. Immerhin hält doppelt genügt besser und daher werden wir für den freisinnigen Abänderungsantrag stimmen, der den Vorzug noch schärferer Formulierung hat. Den Antrag Stöcker auf Ueberweisung der ganzen Materie an die Landesgesetzgebung lehnen wir natürlich ab. Wir sind prinzipielle Anhänger der Ausdehnung der Reichskompetenz und wünschen nur, daß das Zentrum seine in diesem Antrage bekundete Tendenz, die reichsgesetzliche Kompetenz gegenüber der landesgesetzlichen auszuüben, auch auf anderen Gebieten, z. B. der Wahlfrage, betätigen möchte. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Antrag des Zentrums leidet an einer erschütternden Inkonsistenz. Er wagt es nicht, mit der Kirchenhoheit des Staates prinzipiell aufzuräumen. Der Grund Ihrer (zum Zentrum) Abneigung gegen die reinliche Trennung von Kirche und Staat ist natürlich leicht ersichtlich: Die Kirche will nicht auf das Geld vom Staate verzichten. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) So lange der Staat aber für die Kirche bezahlen muß, wird er eben auch in die kirchlichen Angelegenheiten mit hereinreden wollen. Wir verwerfen jede Beschränkung der Religionsübung. Wir sind schon deshalb für Beseitigung jeder Begrenzung der katholischen Kirche, weil mit ihrer Beseitigung der Zentrumsparthei ein leider noch immer recht wirksamer Agitationsstoff genommen werden wird. Daß übrigens die volle Entstaatlichung der Kirche weder zum Aufhören des religiösen Lebens noch zur Alleinherrschaft der katholischen Kirche führt, beweist das Beispiel Amerikas. In Amerika ist das Bildungsniveau ein weit höheres als bei uns. Wie tief das untrüge ist, das haben uns ja die hier gehaltenen Reden der Abg. Stöcker und Del über den Darwinismus mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. (Zustimmung links.) Wenn das Zentrum beweisen will, daß es ihm wirklich ernst mit seinem Antrag ist, so möge es die von uns und den Freisinnigen beantragten Abänderungen und Zusätze annehmen. (Lebh. Beifall bei den Freisinnigen und bei den Sozialdemokraten.)

Senning (R.): Wir lehnen den Antrag in allen seinen Teilen ab, erstens aus Kompetenzbedenken, zweitens, weil wir keinen Kulturkampf haben wollen. (Bravo! rechts.)

Dr. Müller-Meinungen (Fp.): Der zweite Teil des Zentrumsantrages ist und bleibt für uns unannehmbar. Auch der § 1 leidet an Unklarheiten, die verhängnisvoll werden können. Diesen eben soll unser Abänderungsantrag abhelfen. Wir bringen dem Zentrum dasselbe Mißtrauen entgegen wie der Abg. Dr. David. Das bedeutet natürlich durchaus nicht, daß wir die kleinsten Schikanierungen der katholischen Kirche in verschiedenen Bundesstaaten billigen oder daß wir uns für die protestantische Orthodoxie begeistern. Diese ist beinahe so schlimm wie der Ultramontanismus und wir setzen ja jetzt, wie beide im trauten Bunde zu einem tödlichen Streiche gegen die preussische Volksschule ausholen. (Sehr richtig! links.) Abg. Dr. Bachem bezeichnete bei der ersten Lesung den § 1 als einen Leuchtturm. Nun, dann möge unser Antrag dazu beitragen, das Licht dieses Leuchtturms zu vertuschen. In der Beurteilung des § 1 in der Zentrumsfassung war Dr. David entschieden so optimistisch. Für die einflussreiche Orthodoxie besitzt der Ausdruck „religiöses Bekenntnis“ keineswegs die Ausdehnung, von der Dr. David sprach, sondern ist konfessionell eingeschränkt. Wir legen ferner großen Wert darauf, daß die Rechte der Staatsbürger in konfessioneller Beziehung unter allen Umständen festgelegt werden. Daher schließt sich die von uns vorgeschlagene Fassung eng an den in diesem Teile bewährten Text der preussischen Verfassungsurkunde an. Die Unklarheiten des Zentrumsantrages bedrohen die größten kulturellen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts, während die Fassung, die wir vorschlagen, geeignet ist, den religiösen Frieden und die religiöse Freiheit zu gewährleisten. (Lebh. Beif. links.)

Dr. Sieber (R.): Wir lehnen den Zentrumsantrag in allen seinen Teilen ab. Wir halten die Ausdehnung der Reichskompetenz auf dieses Gebiet für äußerst bedenklich. Das ist der Grund unserer Ablehnung und nicht etwa, wie Dr. David meinte, das Mißtrauen in die stehende Kraft des Protestantismus. (Zustimmung b. d. Natlib.)

(Staatssekretär Graf Posadowsky hat am Bundesratsitz Platz genommen.)

Schrader (Fp.): Meine Freunde stimmen wie bisher dem Grundgedanken des Gesetzes zu. Die gegen die Fassung des § 1 geäußerten Bedenken scheinen mir nicht so stark, um das Gesetz daran scheitern zu lassen.

Gamp (R.): Auch wir wollen den Frieden zwischen den Konfessionen fördern, aber wir glauben, die gepflogenen Verhandlungen könnten dem Zentrum genügen, und die Einzelstaaten werden Anregungen zur Abhilfe der Beschwerden empfangen haben. Dagegen kann das Reich auf diesem Gebiet nicht in die Kompetenz der Landesgesetzgebung eingreifen. Deshalb müssen wir den Antrag ablehnen. Die Behauptung des Abg. Dr. Müller, daß das preussische Volksschulgesetz die konfessionellen Gegensätze verschärfen wird, muß ich entschieden zurückweisen. (Lachen links.)

Dr. Stöcker (Wirtsch. Vg.): Wir stehen auf dem Boden der religiösen Freiheit und wollen uns gern Mühe geben, dahin zu wirken, daß die Klagen über Intoleranz gegen Katholiken verschwinden. Möge aber das Zentrum auch dafür sorgen, daß die Bedrückungen gegen die Evangelischen in Bayern aufhören. Den Antrag selbst müssen wir ablehnen, denn bei den komplizierten Verhältnissen kann eine Regelung nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen. (Sehr richtig! rechts.)

Frhr. v. Hertling (B.): Wir wollen lediglich die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, und die gegen unsere Fassung des § 1 geäußerten Bedenken sind unzutreffend. Selbstverständlich halten wir nicht alle Ueberzeugungen für gleichwertig und wollen nicht etwa dem religiösen Indifferentismus das Wort reden. (Bravo! im Zentrum.) Herr Dr. David erwiderte ich, daß in unserer Erklärung bei der Wahlrechtsfrage betont wird, daß zur Zeit eine Kompetenz des Reiches nicht besteht, aber bereit sind, falls die Regierungen uns eine entsprechende Vorlage machen, auf diesen Boden zu treten. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Debatte ist erschöpft. Der § 1 wird in der Fassung des Dr. Müller-Meinungen gegen die Rechte und die Nationalliberalen angenommen.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.) begründet den § 1a: Da dieser Antrag von der Kommission nur mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden ist, haben wir ihn hier wieder eingebracht. Die Schnüffelle nach der Konfession hat vielfach geradezu skurrile Formen angenommen. (Sehr wahr! links.) Dem soll ein Riegel vorgeschoben werden. (Lebh. Beifall links.)

Dr. Spahn (B.): Der Tendenz des § 1a könnten wir zustimmen; sein letzter Satz aber hebt ihn wieder auf. (Widerspruch links.) Uebrigens kann man die Antwort auf die Frage nach dem religiösen Bekenntnis, wo sie unberechtigt ist, auch heute schon ablehnen.

Dr. David (SD.): Der zuletzt geäußerten Auffassung muß ich durchaus widersprechen. Wenn die Frage auch unbedeutend, aber mit der Autorität der Behörde gestellt wird, so kann der Einzelne nicht immer die Antwort verweigern. Wir stimmen zwar dem Antrage zu, sind aber nicht abgeneigt, im Interesse der Annahme auch einer anderen Formulierung die Zustimmung zu geben.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.): Ich behalte mir vor, für den Antrag zur dritten Lesung eine andere Fassung auszuarbeiten, und ziehe ihn vorläufig zurück.

Die §§ 2 und 3 werden ohne Debatte angenommen. Es folgt § 4, wonach ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf, welcher der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht.

Die Abg. Ulbricht und Gen. (SD.) beantragen die letzten Worte von „welcher“ an zu streichen.

Die Abg. Dr. Müller-Meinungen und Müller-Sagan (Fp.) beantragen eine Fassung des Paragraphen vier, wonach kein Kind ohne schriftliche Ermächtigung des Erziehungsberechtigten zu einem anderen Religionsunterricht hinzugezogen werden darf als zu dem in der Religion des Erziehungsberechtigten eingerichteten. Auf Antrag des Vaters soll aber auch Befreiung von diesem eintreten.

Dr. Bachem (B.): Unser § 4 will das Recht der Bestimmung über die religiöse Erziehung ausdrücklich den Eltern vorbehalten ohne jede staatliche Einmischung. Erzwungenen Religionsunterricht, wie ihn Abg. Stöcker bei der ersten Lesung bestrafte, halten wir für ein größeres Übel, als gar keinen Religionsunterricht. Wenn aber der Vater indifferent ist, sollten wir dem Kinde die Wohltat des Religionsunterrichtes zu Teil werden lassen; das soll die Fassung des Antrages Dr. Müller verhindern, den ich daher abzulehnen bitte. (Bravo! i. Zentr.)

U. Hoffmann-Berlin (SD.) wendet sich gegen die Beibehaltung der Worte, die der oben mitgeteilte Antrag Ulbricht zu streichen vorschlägt. Die Furcht des Abg. Spahn vor einer künftigen Herrschaft der Dissidenten berege ich wirklich nicht. Die Herren brauchen doch keine Fänge zu haben, da nach ihrem Glauben ohne Gottes Willen ja nichts geschehen kann. Freilich müssen Sie, wenn Sie so fest an Gottes Willen glauben, auch keine Kanonen und Panzerschiffe bewilligen, denn Sie werden doch nicht durch Kanonen und Panzerschiffe Gottes Willen korrigieren. (Große Heiterkeit.) Den freisinnigen Antrag halten wir keineswegs für eine Verbesserung. Im preussischen Landtag ist man zur Zeit dabei, die Dissidenten in die konfessionellen Schulen hineinzuweisen. Dadurch, daß man ausdrücklich verfügt, daß jüdische Schulen nur jüdische Schüler aufnehmen dürfen, verarmt man den Dissidenten den Ausweg, ihre Kinder in den jüdischen Religionsunterricht zu schicken. — Der Religionsunterricht nach den Wünschen der Herren von der Rechten und vom Zentrum soll dazu dienen, alles Wissen zu ersticken, wozu es nicht für kapitalistische Ausbeutung unbedingt nötig ist. (Wärmender Widerspruch rechts und im Zentrum.) Der Abg. Stöcker erklärte bei der ersten Lesung, er bedauere meine damalige Rede im Interesse der Bildung. (Wiesaches Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ich glaube, er hat damit mein mangelhaftes Deutsch gemeint. (Wiesaches lautes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wenn Sie über mich lachen, dann lachen Sie über die Volksschule, die Sie doch eingerichtet haben. Wäre ich ebenso gut im Deutschen wie in der Religion unterrichtet worden, dann wäre ich vielleicht weniger in der Hölle bewandert, spräche aber ein besseres Deutsch. (Lebhafte Zustimmung links.) Aber Sie wollen ja garnicht, daß die Arbeiter sich bilden. Als ich im Gefängnis von Reiz mich in der deutschen Sprache fortbilden wollte, wurde mir die Gelegenheit dazu versagt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der nationalliberale Abg. Dr. Deumer hat die Tribüne des Reichstages benutzt, um über meine Sprachschneiderei zu allen, und ein Zeitungsschreiber

der „Leipziger Nachrichten“ hat sogar einen Leitartikel daraus gemacht. (Heiterkeit.) Es ist aber besser, ein Mensch mit Sprachfehlern zu sein, als ein Bohdiner kapitalistischer Interessen mit dem Gesicht eines eingebildeten herrschaftlichen Stiefhens. (Lärm b. d. National- und rechts.) Es ist immer noch besser, „mir“ und „mich“ zu verwechseln, als „mein“ und „dein“, wie es den Herren von der Volksmehrheit passiert ist. (Sehr richtig! b. d. Soz., Lärm und Lachen rechts und im Zentrum.) — Den Ertrag des Religionsunterrichts durch den Moralunterricht, wie er in Frankreich eingeführt ist, haben u. a. auch die Leipziger Lehrer verlangt, die doch Herr Stöcker nicht als Sozialdemokraten bezeichnen wird. — Jetzt geht wieder eine Notiz durch die Zeitungen, monach in einer Hildesheimer Schule der Lehrer beim Religionsunterricht die Schülerinnen wegen Nichtbeantwortung von ganz schwierigen Fragen sichtlich deshalb verprügelt hat. (Lachen rechts.) Wenn Sie von den Prügeln was abgekriegt hätten, dann würden Sie schon nicht lachen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Abg. Stöcker und Del sprachen bei der ersten Lesung vom Darwinismus. In den oberen Schulen wird der Darwinismus gelehrt, wenn man ihn auch Entwicklungslehre nennt; die Volksschüler aber sollen davon bleiben und an den alten mosaischen Schöpfungsmuthus glauben. (Unruhe rechts und im Zentrum.) Aber wie soll man noch mit Leuten diskutieren, deren Gedächtnis sehr altertümlich geworden ist, wie der betreffende Herr in dem Hildesheimer Prozesse selbst zugab, als die Frage verhandelt wurde, ob er Ewald gefannt habe oder nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Berehrte Anwesende... (Lärm rechts.) Wir sind hier in keiner Volksversammlung. In mancher öffentlichen Volksversammlung bringt man solchen Fragen mehr Verständnis entgegen als hier. (Lärm und Gelächter rechts und im Zentrum), wo man saule Wize nach Art des Abg. Del macht.

Präsident Graf Ballokreim: Abgeordnete machen keine saulen Wize. (Heiterkeit.)

Hoffmann (SD, fortfahrend): Na, dann will ich schlechte Wize sagen. (Erneute Heiterkeit.) Was den Darwinismus betrifft, so mag die Entwicklung ja auch manchmal umgekehrt sein und der Stammbaum dort enden, wo er nach Darwin beginnt. (Andauernde stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Sorgen Sie für Trennung von Kirche und Schule. Damit tun Sie ein besseres Werk, als wenn Sie über meine Sprachfehler lachen. Mit Ihrem Gelächter lachen Sie sich selbst und die ganze bürgerliche Gesellschaft aus. (Lebhafte Beifall b. d. Soz., Gelächter rechts und im Zentrum.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Spahn (B.) und Dr. Müller-Sagan (Fp.) wird der Antrag Ulbricht angenommen mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und des Zentrums.

Das Haus verlagert sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Ulbricht wegen der Ausweisung von russischen Untertanen, Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

Aus der Bürgerchaft.

P. L. Am Montag hatte man der Bürgerchaft wieder ein Arbeitspensum zugebracht, dessen Erledigung von vornherein als eine Unmöglichkeit angesehen werden konnte. Nicht weniger wie vierzehn Senatsanträge und ein Gesuch des Bezirkes für Schulgesundheitspflege standen auf der Tagesordnung. Die Beratung mußte der vorgedachten Zeit wegen bereits beim sechsten Senatsantrag abgebrochen werden.

Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende es für notwendig, gegenüber den Ausführungen unseres Blattes bezüglich der letzten Senatswahl zu erklären, daß in der Vorberathung nicht über die Person des künftigen Senatsmitgliedes gesprochen worden sei. Selbstverständlich gegenwärtig kein Zweifel darüber, daß diese Angaben wahr sind. Allerdings wird dadurch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß am Freitag die Versammlung stattfand, daß weiter am Sonnabend Herr Strad aus der Handlungsgesellschaft, deren bisheriger Teilhaber er war, austrat, und daß er schließlich am Montag Senator wurde. Es wird wenig Leute geben, die harmlos genug sind, das alles für eine Reihe von Zufälligkeiten zu halten. Für Herrn Strad lag zum Austritt aus der Handlungsgesellschaft doch jedenfalls nur der Grund vor, auf diese Art den Stein aus dem Weg zu räumen, der ihm bei der Wahl in den Senat hinderlich gewesen wäre.

Beim ersten Senatsantrag, der die Vernehmung der Richter beim Landgericht betraf, brachte Genosse Wissell dasjenige zum Ausdruck, was wir in unserer Bevölkerung empfinden, wenn sie den Namen Hoppenstedt vernimmt. Weiter möchte er darauf aufmerksam machen, daß gerade in Lübeck die Richter viel weniger mit Arbeiten befaßt sind, als an anderen Orten, und deshalb absolut kein Grund für eine Vernehmung der Richterstellen vorliege. Natürlich fand die Senatsvorlage sowohl wie der Präsident Hoppenstedt warme Beifälliger, namentlich aus richterlichen Kreisen. Herr Dr. Levert hat meinte, die Angriffe Wissells, die den Vorwurf der Klaff nicht involvieren, reichen nicht an Hoppenstedt hinan. „Wehe dem Gericht, das um die Ehre der Menge buhlt!“ rief der von Rosenauß bezeugte Redner mit Pathos und erntete dafür den Beifall der Masse — im Bürgerchaftssaale. Wir verlangen natürlich keine Gerichte, die um die „Gunft der Menge“ buhlen, wir wollen aber auch keine, die nach Ansehen der Person urteilen. Willkürige Gerechtigkeit gegen Zeherman, das ist was wir fordern. Gerechtigkeit über heißt doch hoffentlich noch nicht um die Gunst der Menge buhlen! Der Senatsantrag wurde schließlich angenommen.

Nunmehr kam zur Beratung die Erweiterung des Getreidezollwerkes. Hierbei rügte Dr. Siehl das Vorgehen der Behörde, die den Stromlaufargumente Heberse vorlegte, durch welche dieselben ungerechterweise befaßt werden können. Ferner wurde die Ansicht ausgesprochen, daß der Beitrag mit der Lübeck Dückener Bahn betr. Stromlieferung für den Staat ungenügend sei. Jedenfalls wird sich die Bahndirektion vorsehen haben und weiß, daß der Beitrag für sie vorteilhaft ist.

Zu einer ganzen Reihe von Anträgen gab die Senatsvorlage keine Aufbesserung der Gehälter der pensionberechtigten Hilfsarbeiter Anlaß. Herr Klein, das einzige Bürgerchaftsmitglied, welches sich am Montag an der Debatte beteiligen konnte, beantragte und befürwortete verschiedene Verbesserungsanträge. Von unserer Seite wird in der nächsten Sitzung das Wort in dieser Sache genommen werden. Um 10 Uhr war der Wunsch nach Vertagung allge-

mein und mich demgemäß die Beratung am kommenden Montag fortgesetzt werden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 3. Mai.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen Mahregelung von Verbandsmitglidern in der Bohlerei über die Thümlinger Wurstfabrik von Aug. Scheerer verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz ist seitens der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Zimmerer die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung des hierorts zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Arbeitsvertrages.

Achtung, Kutischer! Nachstehender Betrieb hat die Forderungen der Kutischer nicht bewilligt: E. Gwers, Wachswehrl-Allee 10. Ueber diesen Betrieb ist die Sperre verhängt worden. Kein aufgeregter Kutischer darf in demselben Arbeit annehmen.

Einem und aus Abonnentenkreisen zugegangenen Wunsche folgend, teilen wir hierdurch mit, daß unsere Austräger resp. Austrägerinnen angewiesen sind, im Laufe dieses Monats die Abonnementgebühren für das II. Quartal d. J. zu kassieren.

Verlag und Expedition
des „Lüb. Volksbl.“

Die Schaulente bringen den 1. Mai durch Arbeitsruhe; die Arbeiter der Firma Brüggemann machen aber, wie man uns schreibt, den Ausbruch, indem einige die Schaulente vertreten und Holz einstropfen. Die Brüggemann'schen Arbeiter haben wohl die Bedeutung des 1. Mai noch nicht begriffen, sonst würden sie dieses Anstalten strikte abgelehnt haben.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat April auf 678 (712), die der Besucher auf 720 (767). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 105 Personen. Auskünfte wurden erteilt 718 (768), darunter nach auswärtig schriftlich 15 (8). Von den Besuchern waren organisiert 371 (424) Personen, und zwar gewerkschaftlich 259, politisch 14, gewerkschaftlich und politisch 98. Unter den verbleibenden 349 Nichtorganisierten befinden sich 93 Angehörige von Organisierten und 114 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 526 (682) männlich, 190 (182) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 636 (685); selbstständige Gewerbetreibende, Beamte u. und deren Angehörige 80 (79); Organisationen 4 (3). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 577 (607) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 41 (50), Oldenburg 59 (64), Mecklenburg 12 (19), Preußen 30 (25) und sonstwo 1 (2). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 207 (240), Arbeits- und Dienstvertrag 108 (103), bürgerliches Recht 228 (268), Strafrecht 41 (44), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 41 (5), Arbeiterbewegung 11 (7), Privatversicherung 3 (6), Handels- und Gewerkschaften 7 (6), Verschiedenes 27 (33). Von den Auskünften machten 118 (105) die Anfertigung von 131 (118) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 33 (19) sonstige Briefe und Postkarten, Eingängen 112 (116) Postsendungen. Der 17. April zeigte mit 50 (46) die höchste, der 18. April mit 13 (9) die niedrigste Besucherzahl.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. (Sitzung vom 2. Mai.) Die Witwe des Talters W. klagt gegen die Norddeutsche Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft auf Gewährung einer Hinterbliebenenrente für sich und ihre 4 unmündigen Kinder. Der im Betriebe der Kochischen Schiffswerft beschäftigte gemetene W. ist am 23. September 1906 an den Folgen einer Blutvergiftung, ausgehend von der Nase, verstorben. Am 15. September rötete sich bei dem W. in außergewöhnlicher Weise die Nase; auf Befragen des mit ihm zusammen arbeitenden Talters W. erklärte er, er habe sich am Morgen an einem eisernen Balken die Nase gestoßen. Neuere Verletzungen waren nicht wahrzunehmen. Diese Aussage wurde im heutigen Termin von W. bestritten. Ein weiterer Zeuge bekundet, daß die Gelegenheit, sich zu stoßen, auf der Werkst. eine sehr große sei; man müsse vielfach in gebückter Haltung unter den auf dem Stapel befindlichen Schiffen hindurchkriechen, und da sei es sehr leicht möglich, daß man sich verlegt. Ihm persönlich habe der Verstorbene von seiner Verletzung keine Mitteilung gemacht; es sei auch nicht üblich, von jeder kleinen Verletzung etwas zu sagen, da man sonst leicht ausgelacht würde. Am 16. September ist W. dann nicht mehr zur Arbeit erschienen und der hinzugerufene Arzt hat sofort Blutvergiftung konstatiert, an deren Folgen dann W. am 23. September verstorben ist. Gestützt auf diese Tatsachen bittet der Vertreter der Klägerin um Gewährung der Hinterbliebenenrente. Die Beklagte ersucht um Abweisung, da durchaus nicht erwiesen sei, daß ein Betriebsunfall stattgefunden habe. Das Gericht schließt sich dem Antrage der Beklagten an und verwirft die Berufung als unbegründet. — Ein weiterer Fall gegen dieselbe Versicherungsgesellschaft wurde, da die Vertreter sich vorher einigen, zurückgezogen. — Die Witwe W. klagt gegen die Landesversicherungsanstalt auf Gewährung einer Invalidenrente, da sie nicht mehr im Stande sei, ein Drittel von dem zu verdienen, was andere Frauen derselben Art zu verdienen imstande sind. Zwei vorliegende ärztliche Gutachten behaupten aber das Gegenteil; die Klage wird deshalb seitens des Gerichts als unbegründet zurückgewiesen. — In zwei weiteren Klagen gegen die Landesversicherungsanstalt beschließt das Gericht die Einholung weiterer ärztlicher Gutachten. — Wir möchten an dieser Stelle, bezugnehmend auf den Fall des Talters W., die Arbeiter dringend ermahnen,

von jeder, auch der kleinsten Verletzung ihren Mitarbeitern sofort Mitteilung zu machen, da, wie dieser Fall beweist, die Folgen oft unabsehbar sind. Man lasse sich auch nicht durch Späße der Kollegen davon abhalten, W. hat auch gewiß nicht gedacht, daß der Stoß an die Nase seinen Tod herbeiführen werde; hätte er gleich seinen Kameraden hiervon gesagt, dann wäre die Sache für die Witwe bedeutend günstiger gestanden haben.

Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, welche am Sonnabendabend im Bürgerverein stattfand, war von 11 Vertretern der Arbeitgeber und von 33 Vertretern der Arbeitnehmer besucht. Wenn man bedenkt, daß von ersteren 63 und von letzteren 126 Vertreter gewählt sind, so kann man wieder nur mit Besauern konstatiert werden, daß namentlich in Arbeiterkreisen in Ansehung der Angelegenheiten eine starke Interessenslosigkeit herrscht.

Der Vorsitzende gab einleitend einige Erläuterungen zum Jahresbericht und der Abrechnung von 1906. Der Ueberschuß beträgt 1775 Mk. gegen ungefähr 1600 Mk. im Vorjahr. Der mindere Ueberschuß rührt aus den ersten Monaten 1906 her, in welchen in Lübeck eine Influenza-Epidemie grassierte, die der Kasse große Opfer auferlegte. Das Defizit der Kasse betrug in diesen beiden Monaten 2000 Mk. Eine steigende Belastung erfährt die Kasse auch durch die Arzneikosten. Während im Jahre 1901 pro Mitglied für Arznei 2,29 Mk. und 1902 3,29 Mk. stieg der Kosten im Jahre 1905 auf 3,79 Mk. oder um Summa auf 5177,82 Mk. Tabakerz ist wieder der allgemeine Gesundheitszustand gestiegen, noch der Kosten Krankengeld zurechnungsgemäß; im Gegenteil! Krankengeld wurde 1905 bezahlt rund 100 000 Mk. gegen 115 000 Mk. im Vorjahr, das ist eine Steigerung um 21 pCt., während die durchschnittliche Mitgliederzahl von 13248 auf 14451, also nur um ca. 10 pCt. stieg. Der Jahresbericht und die Abrechnung wurde debattelos genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Generalversammlung beschloß dann einige durch die Praxis sich herausgehende Verbesserungen rein. Änderungen der Satzungen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Verringerung im Beamtentat. Beschlossen wurde die Neuanstellungen von zwei Hilfsarbeitern, von denen einer sich vollständig der Krankenkasse widmen soll, während der zweite im Bureau beschäftigt werden soll, um eine schnellere Abfertigung des Publikums zu erzielen. Die Besoldung der Lehrlinge wurde dahin geändert, daß dieselben im 6. Jahre in die Reihe der etatsmäßigen Hilfsarbeiter mit 1200 1600 Mark Gehalt eintreten. — Die Versammlung genehmigte sodann die im Einverständnis mit der Vertragskommission der Arbeiterkammer vom Vorstand angenommenen Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Arztvertrag. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß auch mit den Ärzten des Landgebiets wie Stöckelsdorf, Schlutup, Travemünde und Schwartau Verträge abgeschlossen seien. Mit dem jahresärztlichen Verein sei ebenfalls ein Vertrag gemacht. Es folgten dann die Wahlen zum Vorstand. Von den Arbeitgebern scheiden aus dem Vorstände aus Johs. Frigge und Herrn. Joh. Benedict Wehrens (i. V. J. Mehdor u. Co.), von den Arbeitnehmervertretern A. Möner, A. Stendel, W. Neumann und H. Waldburger. Die Wahl ergab, daß von den Arbeitgeber-Vertretern Behrens wieder- und Malermeister G. L. F. Scheiter neu in den Vorstand gewählt worden war; von den Arbeitnehmer-Vertretern wurden sämtliche Ausschüsse wiedergewählt. Zu Ersatzmitgliedern der arbeitgebenden Vorstandsmitglieder wurden H. N. H. Hoffmann und H. J. Fr. Dobbertin gewählt. Zu Ersatzmitgliedern der arbeitnehmenden Vorstandsmitglieder wurden P. Hoff, Chr. Bornhörd, Th. Redder und G. Surau gewählt. Zu Rechnungsprüfern wurden gewählt von den Arbeitgeber-Vertretern G. Luck, von den Arbeitnehmer-Vertretern R. Löwigt und G. Stark; zu Ergänzungsmitgliedern wurden gewählt von den Arbeitgeber-Vertretern H. Thiel, von den Arbeitnehmer-Vertretern Chr. Janssen und Ferd. Möller. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wurden Beschwerden laut über das An- und Abmeldeformular der Kasse. Vom Vorstandlich wurde erwidert, daß eine Änderung nicht in Aussicht genommen sei, da das jetzige Formular zur prompten und korrekten Erledigung der Massengeschäfte nötig sei. Zum Schluß wurde von einem Vertreter Klage geführt, daß dem Krankenkassenwagen für Infektionsfranke keine Bedienungsmannschaft beigegeben werde und der Vorstand gebeten, bei der zuständigen Behörde dahin vorstellig zu werden, daß auch für diesen Krankenkassenwagen eine Bedienungsmannschaft gestellt werde. Darauf wurde erwidert, daß der Krankenkassenwagen für Infektionsfranke Privateigentum sei und daher einer Behörde nichts angehe. Daß die Feuerwehr, welche den dem Staate gehörenden Krankenkassenwagen bediene, sich weigere, auch den Krankenkassenwagen für Infektionskrankheiten zu bedienen, sei ja aus naheliegenden Gründen erklärlich.

Ein zweiter Fall von Genickstarre scheint sich in Lübeck ereignet zu haben. Der Arbeiter Lange, wohnhaft Balauerstraße, ist unter allen Anzeichen, welche auf die Genickstarre hindeuten, erkrankt und dem Krankenhause zugeführt worden. Die von ihm benutzte Wohnung wurde von der Behörde auf das gründlichste desinfiziert.

Vom Tischlerstreik. Wir erhalten folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf den Artikel vom Freitag voriger Woche erwidere ich, daß die ganze Erzählerei von meinem Kollegen falsch aufgefaßt ist. Als langjährige Freunde und Klubmitglieder haben wir uns vom Tischlerstreik unterhalten; wir ist aber nie eingeleitet auf ihn einzurufen, daß er die Forderungen der Gesellen nicht anerkennen soll. Mir ist es überhaupt unbegreiflich, wie ein Kollege und langjähriger Freund, den man noch nie einen Stein in den Weg gelegt hat, so was über mich reden kann. So lange wie ich Gesellen beschäftigt habe, werden mir sämtliche Gesellen, die bei mir gearbeitet haben, es nachtragen müssen, daß ich so was unmöglich auf diese Art und Weise zum Ausdruck gebracht habe. Daß es auch von meinem Kollegen falsch aufgefaßt ist, wird dadurch bewiesen, daß in meinem Betriebe schon seit 4-5 Jahren die 9stündige Arbeitszeit eingeführt ist. Hochachtungsvoll Paul Rehder, Tischlermeister.

Gefundene Gegenstände. Im Monat April d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgeholt: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt sowie Briefmarken, 1 Trauring gea. W. Kurzwig, 1 Pistole, 1 goldenes Medaillon, 1 stählerne Damenuhr, 1 Crayon, 1 Wagenwinde, 1 Brosche mit Perlen, 1 unechte Brosche, 1 H. Lonne Heringe, 1 Stück Schweinefleisch, 1 schwarzer Muff, 1 Damenströhut, 1 Bombardour, 1 Double-Uhrkette, 1 lederner Damengürtel, 1 wertlose schwarze Uhr, 1 Frühstücksstasche, 1 Spigenstragen, 2 Stücke Kleiderstoffreste, 1 eiserne Schaufel, 2 Wäffchen, 1 Paar schwarze Damenstrümpfe, 1 Wtr. schwarzes Band, 3 Paar Handschuhe, 2 Taschentücher, 1 Zigarrenspitze und 2 geringene Damenblusen.

Namensänderung. Der Senat hat der Carla Ellen Mila Hartog in Wien den Familienamen „Herling“ verliehen. Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1906/07 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Be-

sitz eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Mai ds. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Der erste Teilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserleitung für 1906/07 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 1. bis 15. Mai ds. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Stadthallentheater. Dem Erfolg, den die Dorette „Die Schalkeninsel“ errungen hatte, hat sich der laute Beifall zugesellt, den der lustige Schwank „Zwei Wappen“ von Blumenthal und Nabelburg davongetragen hat. Das Publikum hat sich prächtig unterhalten und wir hoffen, daß deshalb die Wiederholung dieses Stückes, die am Freitag stattfindet, recht gut besucht sein wird. Bei so sehenswerten Darbietungen muß es ja doch gelingen, das Mißtrauen, welches das Publikum bis jetzt hatte, zu besiegen und einen lebhaften Theaterbesuch zu erzielen.

Genossenschaftsregister. Am 2. Mai 1906 ist bei der Firma Lübeck gemeinnütziger Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck eingetragen worden: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 5. Mai 1905 ist an Stelle des Statuts vom 31. März 1892 dasjenige vom 5. Mai 1905 getreten.

Handelsregister. Am 1. Mai 1906 ist eingetragen: 1. bei der früheren offenen Handelsgesellschaft in Firma Masberg u. Pedersen in Travemünde. Die Firma ist erloschen; 2. bei der Firma Johs. Strand u. Co. in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 3. bei der Firma G. Struß in Lübeck: Regine Jababerin; A. C. C. Struß geb. Kraft, Witwe in Lübeck.

Mhrenscht. Die Maurer und Zimmerer von Mhrenscht, Gleichendorf, Gniffau und Böhs sind am 1. Mai in einen Streit eingetreten, um eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Das in der Fröning Bauhütte vereinigte Unternehmertum hat nur nichts eiligeres zu tun, als schwarze Listen mit den Namen der Ausständigen in die Welt zu senden, um dadurch denselben die Möglichkeit zu erschweren, anderorts Beschäftigung zu erhalten. Natürlich werden sich die Streikenden durch durch dieses Vorgehen der Arbeitgeber nicht betren lassen und kämpfen, bis sie den Sieg errungen haben.

Hamburg. Die Maifeier ist auch in diesem Jahre auf das beste verlaufen. Die Zahl der Teilnehmer an dem Maifestzuge, der in Ruhe und Ordnung verlief, betrug etwa 35 000. Den verschiedenen Abteilungen schritten 24 Musikgruppen voraus. Infolge des schönen Wetters fand eine große Beteiligung von Frauen und Mädchen statt. Auch auf den meisten im Hafen liegenden fremden Schiffen ruhte die Arbeit. — Die bürgerliche Presse bringt nachfolgende Meldung: Die Infolge der Teilnahme an der Maifeier für zehn Tage von den Rednern ausgesperrten Hafenaarbeiter drohen mit der Verhängung des Generalstreiks über den Hamburger Hafen. In einer gestern Vormittag unter dem Präsidium des Generaldirektors Ballin abgehaltenen Versammlung des Vereins Hamburger Arbeiter, sowie der Vereinigung der Schiffsagenten, Schiffsmakler, Kohlen-Importeure, Stauer usw. wurde der Beschluß gefaßt, die beschlossenen Maßregeln auszuüben zu erhalten und keinen der feiernden Arbeiter vor dem 11. Mai wieder in den Dienst zu stellen.

Hamburg. Eine Frau totgefahren. Als Dienstagabend die Frau des Rangierers Weidner mit ihrem jüngsten Kinde auf dem Arm Gde des Billhorner Adhrendam und der Bickensstraße auf dem Fahrdamm stand, achtete sie nicht auf einen um die Ecke biegenden Holzwagen und wurde von diesem überfahren. Der Unglücklichen ging das Hinterrad über die Brust, was ihren alsbaldigen Tod zur Folge hatte. Das ihrem Arm entsfallene Kind blieb glücklicherweise unverletzt. Die Frau hinterläßt ihrem Witwer fünf kleine Kinder.

Flensburg. Der Maurerstreik ist nach Berichten bürgerlicher Blätter beigelegt. Bewilligt wurden 52 Wfa. Stundenlohn in dem laufenden Jahre, 65 Wfa. vom April 1907 auf zwei Jahre bei 9stündiger Arbeitszeit. Die Bestätigung der Mitteilung ist abzuwarten.

Nordenham. Die Bauarbeitersperreung ist beigelegt. Vertreter der Arbeitgeber vereinbarten mit den Vertretern der Arbeiter folgende: 1. den Tischlern und Maschinenarbeitern der Nordenhamer Holzindustrie (W. Bremer) wird ein Lohnzuschlag von 3 Wf. und mit Rücksicht auf die von ihnen zu leistende Akkordarbeit die 9stündige Arbeitszeit bewilligt. 2. Für das gesamte Baugewerbe bleibt die zehnstündige Arbeitszeit bestehen, jedoch wird den Bauarbeitern ein Lohnzuschlag von 4 Wf. bewilligt. 3. Der Lohn für Maurer wird vom 1. Oktober 1906 ab um 2 1/2 Wf. erhöht. 4. Die Hilfs- und Erdarbeiter erhalten sofort die bereits zum 15. d. M. bewilligten 40 Wf., die Stein- und Mörtelträger 43 Wf. Am 1. Oktober d. J. werden die Löhne auf 43 und 45 Wf. erhöht. Dafür sollen aber von den Trägern in der Regel mindestens 22 Steine großen und 25-30 kleinen Formats getragen werden. Diese Abmachungen sollen bis zum 1. Mai 1908 Gültigkeit haben.

Bremen. Die Bremer Bürgerschaft bewilligte ohne Debatte 7 1/2 Millionen Mark für den Beginn des Hafenaues auf dem neuabgetretenen Areal bei Bremerhaven.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bock, (Administration: Berlin W., Bülow-Str. 105) haben soeben das Nr. 12, das 12. Jahrgangsergeben liefern. Aus seinem Inhalt haben wir hervor: Richard Calwer: Das Fazit der Marokkaffäre. — Max Sippel: Maßbestimmung und Regipolitik in der Handelsvertragspolitik. — Leonida Bissolati: Die Rolle in der italienischen Sozialdemokratie. — Wilh. Kolb: Biederkopf, Biederkopf und Sozialdemokratie. — Eduard Bernstein: Die Befestigung der Klassenwahl und die sozialdemokratische Taktik. — James Ramsay Mac Donald: Die neue Arbeiterpartei im englischen Parlament. — Otto Krüger: Die Auflösung der Handelsabkommen und die Staatsform Norwegens. — Ernst Deinhardt: Ein Nachwort zur Beamtensage in den Gewerkschaften. — Emma Jhrer: Form oder Inhalt? Zur Arbeiterkassenorganisation. — Richard Wagner: Gassen zum Postamt. — Hermann Wendel: Die Generation um Conrad. — Wirkstoff von Max Sippel. — Politik von Richard Calwer. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Romantopolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Bilde

Kunst von Hermann Klein. — **Dichtkunst von Max Hochdorf.** — **Buchbesprechung von Adelheid Popp.** — **Der Preis des Festes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mark.** Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Lützow-Str. 105, Berlin W. 35 (Einsendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kiste). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Parteiliteratur. Erschienen ist: **Der Arbeiter-schutz.** Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatt-hygiene von Dr. R. Epstein. Preis 20 Pf. Die Ab-handlung ist als Heft 10 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen. Die Arbeit Epsteins bildet gewissermaßen eine Fortsetzung und Ergänzung zu Jabels Einführung in die Gewerbehygiene. Sie behandelt die persönliche und öffent-liche Gesundheitspflege des Arbeiters und von der Gewerbe-hygiene besonders eingehend die Werkstatt-hygiene. Ein Schlusskapitel handelt von der Ueberwachung des gesund-heitlichen Arbeiterschutzes durch Gewerbaufsichtsbeamte, Ärzte und Arbeiter und verlangt, daß den Vertretern der Krankenkassen dasselbe Recht zugestanden wird, welches die Organisationen der Arbeitgeber, die Berufsgenossenschaften, bei der Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften längst be-sitzen. — In dritter Neubearbeiteter Auflage ist erschienen: **Der Achtstunden-tag.** Eine gesundheitliche Forderung. Von Dr. F. Jabel. Preis 20 Pf. Jabel stellt in seiner Broschüre über den Achtsturentag all das zusammen, was an Erfolgen und Zahlenmaterial über die Wirkung der ver-kürzten Arbeitszeit auf die Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters vorliegt und was sich zur Begründung dieser For-derung des Arbeiterschutzes anführen läßt. Die Kapitelüber-schriften: Der Mensch als Maschine, der Schlaf, die Nacht-arbeit, die Erholungs-Gesundheitsförderungen durch lange Arbeitszeit, psychische Erkrankungen, schädliche Einwirkungen, gewerbliche Vergiftungen, vererbene Last, die Stauent-wicklung, die professionelle Haltung, sonstige Schäden langer Arbeitszeit, und der Einfluß der Arbeitsdauer auf die Zeit der Krankheitsdauer, auf die Zahl der Krankheits- und

Todesfälle lassen die Notwendigkeit des Inhalts der Arbeit erkennen. Die Notwendigkeit einer dritten Auflage spricht für das warme Interesse, welches die Parteigenossen dem Gegenstand entgegenbracht haben. Alle diese Neuerscheinungen sind in jeder Parteibuchhandlung zu haben.

**Arbeiter! Eure Pflicht ist's,
bei jeder Gelegenheit aller-
Orts Eurer Zeitung
neue Leser zuzuführen;
Nur dann ist die Presse
in der Lage, ihr Ziel zu er-
reichen: mit Erfolg einzu-
treten für das Proletariat.**

Briefkasten.
Mehrere Zeitende. Das Militär marschiert ständig mit Musik im Takt über die Holstenbrücke.
Lübeck: Stadtprotokoll vom 2. Mai
Bauern-Butter 1,15 Mk., Meierei-Butter 1,25 Mk.,
Sauen 5 St. — Mk., Enten 4,00 Mk., Gänse 5 St. — 2,50 Mk., Rufen 5 St. — 2,50 Mk., Lauben 5 St. 0,60 Mk.

Gänse 5 St. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinskopf, 1,30 Mk., Schinken 1,20 Mk., Würst 1,30 Mk., Eier 10 Stück 60 Pf., Karaischen 80 Pf., Sechse 70 Pf., Barische 70 Pf., Mal 1,20 Mk., Kestel, beste Gravensteiner 100 Pf. — Mk., Nonnen 100 Pf. — Mk., andere Sorten 100 Pf. 25-30 Mk., Pflaumen 100 Pf. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf — 50 Pf., Hamb. Rirschen, 100 Pf. — Mk., Kohl 100 Pf. 10 — Mk., Gurken 100 Pf. — Mk., Zwiebeln 100 Pf. 4 — Mk., Kartoffeln, beste frans., 200 Pf. 6 — Mk., per 10 Liter 50 Pf., magnum bonum 200 Pf. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf., Geringe 5 St. 10 Pf. Dorsche genügend. Brachsen 10 Pf. Gemüse genügend.

Ämtliche Notierungen der Produktienbörse.
Inländisches Getreide. Lübeck, 2. Mai.
Weizen, 125-130 Pf. holl., Mt. 160-185, Roggen 120-125 Pf. Mt. 160-165 Safer, je nach Qualität Mt. 168-175, Gerste, je nach Qualität Mt. 160-170.

Stiermang-Viehmarkt.
Hamburg, 2. Mai 1906.
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zugesührt wurden 305 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verkaufschweine: schwere 63 Mk., leichte 64 Mk., Sauen 55-60 Mk. und Ferkel 58-63 Mk. pro 100 Pfund.

Das Arbeiterssekretariat
(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)
ist geöffnet an Wochentagen von 12-2 Uhr mittags und von 6-7 1/2 Uhr abends.
An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.
H. T. V.
Freitag 9 Uhr:
Vorstandssitzung.

Für die vielen Gratulationen und Aufmerksamkeiten zu unserer Silberhochzeit, besonders dem Verband der Töpfer, sowie dem Gesangsverein der Maurer unsern besten Dank.
K. Brickmann und Frau.

Gesucht junge Mädchen zur Erlernung der Damenschneiderei.
Berta Hennings, Dornstraße 23.

Ba sofort ein junges Mädchen für den ganzen Tag
Kleine Burastraße 25.

Gesucht ein Junge von 14-16 Jahren beim Milchwagen.
Zu melden im Kontor der Sania-Meierei
Eine Birge zu verkaufen.
D. Insten, Gr. Steinrade.

Wer gute u. billige Kolonialwaren kaufen will, mache den Versuch bei:
August Dibbert
20 Tünkenhagen 20
Kolonial-, Fett- u. Grünwaren, sowie Flaschenbier, Tabak und Zigarren.

von der Lübecker Genossenschaftsbäckerei.
Gesalzene und saure Geringe.
Andonis.
Großer Posten Landmettwurst und Land-Speck.
Glas- und Porzellanwaren. Dorf-Feuerungsmaterialien zu Tagespreis.

Apfelsinen
wöchentlich 2 mal frisch in großen Partien für mich eintreffend in allen Packungen und Preisen.
Dgd. von 40 Pf. an
bis zu den feinsten Sorten.
Karl Voss
nur Holstenstraße 6.

Zum billigen Uhren-Schulb
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager
Uhren * Ketten — Gold- u. Silberwaren gold- Trauringe, 555/1000 gef. Rathenower Brillen.
Eigene Werkstatt.
Verkauf u. Reparaturen unter Garantie.

Bibliothek des praktischen Wissens.
Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mt. 1.
Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mt. 0.75.
Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mt. 0.75.
Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mt. 0.75.
Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kinder-mütter, Mt. 0.75.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Suppe während des ganzen Monats Mai.
Dr. med. Reifenstuhl.
Beckergrube 18, I.

Zitronen
in ganz vorzüglicher Ware nie so billig wie jetzt
Karl Voss
nur Holstenstraße 6.

Rasschen erregen meine billigen Preise
Krüner M. 120.—, jetzt M. 85.—
Florett-Fahrräder
allen voran!
Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnabe Torpedo M 15 mehr Mäntel von M 3,50 an, Schläuche M. 2,80, Nichten-Laternen M 2
H. A. Hill, Fahrrad-Verband, Johan-nisstr. 8
n. 75, 1 G. Gar. Außerdem silber- Brennabor-, Panther- und Clais-Breit-Räder

Spargel
frischer hiesiger heute
No. I Mt. 1.—
No. II Mt. 0.50
Es empfiehlt sich, schon am Vormittag zu kaufen, da ich vorläufig nur ca. 100 Pfund täglich erhalte
Karl Voss
nur Holstenstraße 6.

Großer billiger Ausverkauf
in Garnituren, Schlafzimmern, Kleiderschränken, Waschtischen, Sofatischen, Spiegeln, Küchen-schränken, Verticows, Bettstellen mit Matrassen, Kommoden u. Spiegelschränken, Stühlen, Sesseln, Bauernstühlen, Bildern, alles billig!!! wegen Räumung des Ladens
Beckergrube 20.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Löhack **Otto Albers** Kohlm.
Markt 4 10.
sind vortrefflich bekannt durch gute Ver-arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Leberhosen 1,80-6,45
Maurerhosen 2,60-6,75
Schlofferhosen 1,88-5,25
Aeserziehhosen 0,88-2,36
Swirn-Hosen 1,38-3,26
Icmene Jaden, schräge und gerade, 1,25
Kojen, Hemden, Schlachterjaden, Freizejtaden, Winter-Mäntel ersichtlich billig.
Mägen von 30 Pf. bis 1,88 Mk.

Achtung! Metallarbeiter!
Unter Bezugnahme auf die Annonce im hiesigen „Generalanzeiger“ fordern wir hiermit alle Ar-beiter und Arbeiterinnen auf, bei der Firma Gwers u. Co. und allen übrigen Fabriken, wo Arbeiter ausgesperrt sind, vor dem 7. Mai keine Arbeit anzunehmen.
Die Ordreverwaltung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
(Rabikelle Lübeck)

Lübecker Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.
Ordentliche General-Versammlung
am 3. Mai 1906
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1906.
2. Mitteilung über den Neu- bzw. Umbau der Grundfläche Johannisstraße 46 und 48.
Anteilsgeld legitimieren.
Lübecker Genossenschaftsbäckerei
e. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
der Zentral-Kranken-Kasse „Grundstein“
am Freitag den 4. Mai 1906
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Achtung Zimmerer!
Verbands-Versammlung
am Donnerstag den 3. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51
Der Vorstand.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.
Interessante Wanderung durch
Die Schweiz.
Interlaken, Lauterbrunnen, Grindelwald.

Hansa-Theater
Freitag den 4. Mai,
Gastspiel des
Metropol-Ensemble
unter pers. Leitung d. Dir. Max Samst
Onkel Cohn
Schwank in 4 Akten von R. Schwarz.
In fast allen Städten Deutschlands, Hollands und der Schweiz tausende-male aufgeführt. In Berlin allein 500 mal. Von der gesamten Presse in allen Hauptstädten in großartigster Weise besprochen.
Onkel Cohn — — Dir. Max Samst.
Tränen werden gelacht.
Urkomisch — Sensationell.
Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft und 11-1 Uhr an der Theaterkasse.

Stadthallen-Theater.
Freitag den 4. Mai 1906:
Anfang 8 Uhr.
Zwei Wappen.
Schwank in 4 Akten v. Blumenthal u. Stadelburg.
Vorverkauf bei F. W. Raibel und an der Theaterkasse.

Soziales und Parteileben.

Die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1905. Die Geschäftsleitung der G. G. V. berichtet über das verfloßene Geschäftsjahr. Er zeugt von einer kräftigen Weiterentwicklung der Großverkaufszentrale der deutschen Konsumgenossenschaften. Schon rein äußerlich dokumentiert sich diese in der großen Vermehrung des Umsatzes, der im Berichtsjahre um 4 850 792 stieg. Eine Übersicht über die Entwicklung der Gesellschaft in den letzten fünf Jahren geben folgende Ziffern. Der Umsatz betrug

1901	1902	1903
15 137 761 M.	21 568 549 M.	26 445 888 M.
1904	1905	
33 929 407 M.	38 780 199 M.	

Die Zunahme des Umsatzes betrug im verfloßenen Jahre 4 850 792 M., sie wäre um noch 1 500 000 M. höher gewesen, wenn nicht die Leitung der Zentralen trotz eines dreijährigen Zusammenarbeitens plötzlich die Geschäftsführung gänzlich hätte. Sie tat das, wie sie an die Leitung der G. G. V. schritt, weil sich im Laufe des letzten Jahres verschiedene Einkaufsvereine von Deutschen zum Kampfe gegen Konsumvereine gebildet hätten, die unter Bezugnahme auf das Verhältnis der Zentralen zur Großverkaufsgesellschaft um gleiche Rabattgewährung nachgesucht hätten, die sie ablehnen wollten, was somit auch die Aufhebung dieses bestehenden Abkommens bedingte! Die Zahl der Mitglieder der Großverkaufsgesellschaft stieg im verfloßenen Jahre von 348 auf 386, die Zahl der Kaufvereine, einschließlich der Mitglieder, von 1366 auf 1395. Die Lager der Großverkaufsgesellschaft in Hamburg, Berlin, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt und Mannheim haben sich im verfloßenen Jahre in zufriedenstellender Weise entwickelt. Die Kaffeebohnen, die im Hamburger Lager vertrieben wird, hat ihren Umsatz trotz der ungünstigen Marktlage für Kaffee im letzten Jahr ebenfalls erheblich vergrößert. Der Umsatz ist von 782 756 auf 811 920 Markton gestiegen, die Zahl der den Kaffeebohnen beziehenden Vereine von 500 auf 600. Ein Hauptaugenmerk wendet die Großverkaufsgesellschaft seit einigen Jahren der Entwicklung des *M a n u f a k t u r -* und *S c h u h -* w a r e n g e s c h ä f t e s zu. Die gewaltigen Erfolge der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung und deren Großverkaufsgesellschaften gerade auf diesem Gebiete zeigen, daß hier noch mit der Zeit für Deutschland ein hervorragendes Arbeitsfeld bestehen wird. Um so wertvoller ist es, daß schon jetzt wo wir noch am Anfang dieser Entwicklung stehen, diesem Arbeitsfelde eine so eingehende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Abteilung für Manufaktur- und Schuhwaren erzielte 2 540 176 M. Umsatz, das sind mehr gegen das Vorjahr 172 521 M. Da Warenbezug von generellen Konsumgenossenschaftsorganisationen stieg von 639 650 M. auf 852 900 M. Nicht eingerechnet ist hier der Umsatz der Bezugsanstalt im Betrage von rund 250 000 M., der auch fast ausschließlich durch die Großverkaufsgesellschaft berechnet wird. Der Umsatz von genossenschaftlichen Organisationen verteilt sich wie folgt:

Von der Tabakfabrikanten-Gesellschaft	298 300 M.
Von der Norddeutschen Raubtabakfabrikanten-Gesellschaft	78 700 "
Von der Mühle des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz	35 600 "
Von der Schlachtereigenschaft des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz	53 870 "
Von der Probattivgenossenschaft der Schneider	38 730 "
Von der Genossenschaft für Provisionen von Arbeiter-Fabrikation, Rannenburg, Friedrichshagen	6 700 "
Vom „Fortschritt“, Probattivgenossenschaft für Konditorei und Backwaren, Altona	2 100 "

Vom Konsumverein Schney an Rohwaren 4100 "

Von der Offenbacher Konsum- und Probattivgenossenschaft Offenbach an Backwaren 7100 "

Von landwirtschaftlichen Genossenschaften an Kartoffeln 190 340 "

Von der Zentral-Verkaufsgesellschaft Deutscher Winzervereine m. b. H. Ellwille a. Rh. an Weinen 6500 "

Von zwei Konservenfabriken mit Rechtsform der G. G. V. an Konserven 25 100 "

Vom Verband Schweizer Konsumvereine, Basel 36 160 "

Von der Coöperativen Wholesale Society Ltd 13 900 "

Von großer Bedeutung für die Organisation des Großverkaufs sind die Einkaufsvereinigungen, die im Berichtsjahr an Zahl gewachsen sind und sämtlich in ihrem Umsatz bei der G. G. V. zugekommen haben. Sie halten regelmäßige Einkaufstage ab, zu denen die G. G. V. ihre Vertreter entsendet. Das Stammkapital der G. G. V. soll auf der bevorstehenden Generalversammlung in Stuttgart auf 1 000 000 M. erhöht werden, weil die Summe des in Chemnitz beschlossenen Stammkapitals von 750 000 M. von den angeschlossenen Vereinen voll gezahlt ist und neue Zeichnungen bevorstehen. Hand in Hand damit geht auch im übrigen die Kapitalerhöhung der Gesellschaft. So zeigen ein erfreuliches Wachstum die Reserven, die aus dem Reservefonds, dem Spezialreservefonds, dem Dispositionsfonds und dem Produktionsfonds zusammengesetzt sind. Dieses eigene Kapital der Großverkaufsgesellschaft stieg im Berichtsjahre von 190 190 M. auf 246 408 M., das ist um 56 218 M. oder um 30 Proz. Eine Stärkung der wirtschaftlichen Grundlage der Gesellschaft ist ferner durch starke Abreibungen erzielt worden. Der Wert des Inventars der Maschinen und Maschinen ist von 65 011 M. auf 51 986 M. zurückgegangen, das ist eine Ermäßigung um 20 Proz. Der Buchwert der Grundstücke fast infolge Abschreibungen von 465 016 M. auf 456 676 M., oder um 2 Proz. An Gehältern und Löhnen wurden an die beschäftigten 226 Personen 345 600 M., an Plätze 61 267 M. bezahlt. Der Nettogewinn der G. G. V. beträgt 238 605 M. gegen 200 344 M. im Vorjahre, die Zunahme demnach 38 262 M. oder 19 Proz. Wie der diesjährige Umsatz, so ist auch der diesjährige Reingewinn absolut der höchste, der seit Bestehen der Gesellschaft erreicht worden ist. Im Vorjahre hatten die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat die Verteilung einer Rückvergütung von 3 pro Mille vorgeschlagen. Um die Kapitalkraft der Gesellschaft zu stärken, beschloß die Generalversammlung in acht genossenschaftlicher Weise auf 1/2 pro Mille und beschloß, nur 2 1/2 pro Mille zu verteilen. Dieser genossenschaftlichen Verteilungsart, die die Generalversammlung befreit, ist die Verwaltung der Großverkaufsgesellschaft in diesem Jahre noch weiter entgegengekommen, indem sie sich erhöhten Reingewinns nur eine Verteilung von 2 pro Mille des Umsatzes an die angeschlossenen Vereine und 1 pro Mille des Umsatzes an die nichtangeschlossenen Vereine vorzuschlagen, sowie die übliche Kapitalerhöhung von 5 Proz. auf eingezahlte Stammeinlagen. Ferner wurde vorgeschlagen, dem Reservefonds, dem Dispositionsfonds, dem Spezialreservefonds, dem Produktionsfonds und dem Dispositionsfonds II insgesamt 133 820 M. zu überweisen. Mit dieser Beschloß, anzunehmen, so wuchs die Gesamtsumme der verschiedenen Reservefonds von 246 408 M. auf 380 228 M. oder um 55 Proz. sie würden sich belaufen auf 51 Proz. des Stammkapitals von 750 000 M. — Man sieht: Die Großverkaufsgesellschaft arbeitet mit großer Umsicht und Vorsicht. Daher steht es ihr auch nicht an Erfolgen. Und ihre Erfolge sind die Erfolge der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Wir marschieren. Am Dienstag abend trat in Paris der Infanterie-Leutnant Dillmann in die Lage in feierlichem Anzuge den Saal für Ausstände in der Arbeiterbräse und hielt vor 1500 Mitgliedern der Vereinigung der Syndikate eine Rede, in

der er die Versammlung bat, am 1. Mai keine Kundgebung zu veranstalten. Er erklärte, daß er Sozialist sei, und führte u. a. aus, daß er Sozialist infolge von Blodereien geworden sei, unter denen die republikanischen Offiziere zu leiden hätten. In Beantwortung der Frage, was er tun würde, wenn ihm der Befehl erteilt würde, auf das Volk zu schließen, empfahl er den Arbeitern, ihre Ruhe zu bewahren und einen Zusammenstoß zu vermeiden. Was ihn anbetrafte, so würde er nicht das Blut seiner Brüder vergießen lassen. Diese Meinung würde von vielen seiner Kameraden geteilt. Er würde sich energisch weigern, Feuer zu kommandieren. Dem Offizier wurden beim Verlassen des Saales von den Anwesenden Ovationen dargebracht. Er wurde dann verhaftet. — Daß ein Leutnant es wagt, in dieser Weise für seine Interessen einzutreten, ist kennzeichnend für den Geist, der heute die gegenwärtige Generation beherrscht.

Uns Mak und Herr.

Die abhärtende Wirkung von kaltem Wasser wird jetzt vielleicht in keinem Lande so anerkannt und viel benutzt wie in Deutschland. Früher war die Anwendung eines kalten Gusses oder Bades unmittelbar nach dem Aufstehen des morgens in England fast überall gebräuchlich, ist dort aber neuerdings etwas mehr abgenommen. In Deutschland gilt diese Anwendung von kaltem Wasser namentlich auch im Winter vorzugsweise als ein vorbeugendes Mittel gegen viele Krankheiten. Der Regimentsarzt Fischer ist im „Militärarzt“ wieder dafür eingetreten, daß Erkrankungen der Atmungs- und Verdauungsorgane, sowie der Gelenke und Muskeln, die sämtlich als Folge von Erkältungen entstehen und im deutschen Meer trotz aller Vorsichtsmaßregeln noch sehr häufig vorkommen, bis auf ein Mindestmaß verhütet oder gänzlich verhindert werden können durch eine richtige Anwendung von kaltem Wasser auf den Körper eine vorübergehende Erregung der Nerven herbeizuführen, die eine Zusammenziehung der Blutgefäße bewirkt, worauf dann in kürzester Zeit die entgegengesetzte Folge eintritt, indem das Blut nach der Oberfläche des Körpers hingetrieben wird. Daher schließt sich an die erste Empfindung der Kälte bald eine solche der Wärme. Diese sogenannte Reaktion ist umso stärker, je kälter das Wasser ist. Die Gewohnheit, den Körper einmal täglich in kaltem Wasser zu tauchen, stärkt die Tätigkeit der Blutgefäße in der Haut und macht sie besser dazu geeignet, Erkältungen von dem Körper fernzuhalten. Nach dem Vorschlag von Fischer sollten in jeder Kaserne mehrere Räume vorzubereiten sein, in denen der Reihe nach alle Soldaten des morgens eine kalte Douche über den ganzen Körper mit Aufschwemmung des Kopfes drei oder vier Sekunden lang erhalten sollten. Dann müßte es ihnen, nachdem sie sich oberflächlich abgetrocknet haben, erlaubt sein, sozweck in Bett zurückzulegen und dort gut zugedeckt eine kurze Zeit zu bleiben, bis die Reaktion eingetreten ist. In der Regel sind dazu nicht mehr als 1-2 Minuten nötig, so daß ein wesentlicher Zeitaufwand dadurch nicht entstehen würde, vorausgesetzt, daß eine genügende Zahl von Douchen vorhanden ist.

Von der Duellerei. Von der Staatskammer in Chemnitz erhielten der Tierarzt Seidemann wegen Herausforderung zum Duellkampf mit tödlichen Waffen einen Monat Festung und der Ingenieur Zimmermann wegen Anteilstragens drei Tage Festung.

Patriotische Trunkenheit. Eine Kaisergeburtstagsfeier beschloß sich zum Ende der „Frankf. St.“ die bürgerlichen und militärischen Gaste in Mainz. Am Abend des 27. Januar kamen der Plonierleutnant Wolf, der Reserveleutnant Urubt und ein Bohlemeister, trunken vom Patriotismus und Alkohol, von der Feier. An einer Straßenecke trafen sie auf drei Arbeiter mit zwei Frauen. Es wird von Zivilisten behauptet, daß der Plonierleutnant den Frauen unzüchtige Nebenarten zu

Im Banne des Spiritismus.

Requiem von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

Erster Teil.

1. Kapitel.

Dem Tagewerker, der am 30. Dezember nachmittags 5 Uhr vor dem Hotel Reichsplatz in der Fiedrichstraße hielt, entstieg ein Herr und eine Dame. Der Herr sprach zuerst heraus und war seiner Begleiterin, die Dienste des nachhergehenden Hotelbesizers zurückweisend, beim Ausgehen behilflich. Die Fremde sah ungemeldet bloß und ganz aus und schoberte — was allerdings die herrschende schwebende Kälte erklärlich machte — trotz des kostbaren Pelzwertes, das ihre schwächliche Gestalt verhüllte.

Der Herr gab in jenem höheren Tone, der den erfahrenen Kennenden nicht, seine Wünsche zu erkennen.

„Me. Dow au. London — habe bereits telegraphisch von Hamburg aus Zimmer bestellt — je zwei für mich und die Dame — sind diese bereit?“ wandte er sich in zwar fliegenden, aber in amerikaischer Weise abgemildertem Deutsch an den Oberkellner.

„Sehr wohl, mein Herr,“ entgegnete dieser mit höflicher Begrüßung.

„Sind die Zimmer geheizt?“

„Selt zwei Stunden, mein Herr.“

Mr. Dow nickte befrriedigt mit dem ausdrucksvollen Kopfe und befahl dem Hausknechte, das in zwei voluminösen Koffern enthaltene Gepäck an Ort und Stelle zu befördern. „Aber gehen Sie vorläufig damit um, es befinden sich wertvolle Apparate in den Koffern. Den gebühren schafften Sie auf mein Zimmer, den Keinen in die für die Dame bestimmten Gemächer.“

Nachdem der Herr in dieser Weise die Präliminarien

seines Einzugs in eines der angesehensten Hotels der deutschen Hauptstadt erledigt hatte, richtete er in Begleitung eines lebenswürdigen Bäckers ein paar halblauten Worte an seine Gefährtin. Der erwartungsvoll neben seinem Wagen stehende Antischer sowohl als der sprachkundige Doorkellner horchten auf — die Laute klangen so selbstsam und fremdartig, wie sie solche nach niemals vernommen, und neugierig harrie der Oberkellner der Antwort der Dame, um sich über die Art der rätselhaften Sprache vielleicht Klarer zu werden. Doch was? — die Fremde antwortete nur mit einem kaum merklichen Schütteln des Kopfes, worauf der Herr in, wie es schien, ängstlicher Ueberraschung die Lippen zusammenpreßte. Sofort aber nahm er seine frühere Haltung wieder an, begrüßte den Antscher und bot seiner Begleiterin mit zärtlicher Aufmerksamkeit den Arm, die Fremde auf ihr Zimmer zu begleiten.

Der Antscher sah dem Reisenden mit einem aus Enttäuschung und Verachtung gemischten Blicke nach.

„Nicht einmal ein Trinkgeld — lausiges Volk!“ rümpfte er, während er seinen Blick auf den Boden wieder einnahm. „Sind wohl Engländer?“ neigte er sich in grimmiger Laune zu dem eben zur Abholung des zweiten Koffers wieder eintretenden Hausknecht hinab.

„Weiß nicht,“ erwiderte dieser achselzuckend, der Portier aber, der ebenfalls Zeuge des kleinen Antrittes gewesen, erklärte kopfschüttelnd: „Glaube erst, es seien Engländer — aber die Sprache, die der Herr mit dem Hausknecht sprach, war nicht die Sprache der Edleu Albions — es war auch kein Französisch, und Italienisch — sonderbares Runderwörtchen, obgleich es nicht unangenehm klang.“

Der Antscher brummte mürrisch ein paar Flüche in dem Bari; er konnte nicht angeben, daß man einer Person, welche die heiligsten Pflichten der reisenden Menschheit mit den Füßen trat, auch nur den Schatten einer angenehmen Eigenschaft nachspräche.

Zwischen wanderte der Gegenstand seines Zornes

mit geneigtem Kopfe und mißmutig gesuchter Stirn, in einem der den Ankömmlingen angewiesenen Zimmer auf und ab, während die junge Dame, noch nicht einmal ihrer winterlichen Umhüllung entledigt, auf dem Sofa mehr lag als saß, die seine durchdringende Rechte fest gegen die Schläfe pressend.

„Wißt Du Dich nicht anzusehen, Katie?“ rebete Mr. Dow, seine Brauerade einen Augenblick unterbrechend, seine Begleiterin an.

„Noch nicht — es ist mir noch zu kalt hier.“

Der Herr hatte diesmal englisch gesprochen und die von ihm Katie genannte Dame ihm in derselben Sprache geantwortet. Nachdem er sich durch Berührung des Ofens überzeugt, daß ein tüchtiges Feuer hinter den ersten Mann die baldige völlige Durchwärmung des Gemachs in Aussicht stelle, ergriff er mit zärtlicher Besorgnis die Hand der offenbar Zitternden.

„Süßst Du Dich unwohl, Katie?“ fragte er in derselben fremdartigen Laune, über deren Bedeutung die Hotelbediensteten nicht hatten das Recht kommen können.

„Ein wenig Kopfschmerz, weiter nichts,“ entgegnete sie, sich des gleichen Tones bedienend.

„Du bist erschöpft von der Anstrengung der langen Fahrt, Katie — und auch hungrig — gleich wird der Kellner mit Erfrischungen für uns da sein.“

„Sorge nicht, Alan — es ist nicht von Belang. Wo liegen Deine Zimmer?“

„Gegenüber.“

Sie nicht befrriedigt, aber mit einem müden abgespannten Ausbucke, und zog, um bequemer zu liegen, das linke Bein ganz auf das Sofa hinauf.

Einen so innigen Charakter die zwischen dem beiden Reisenden bestehende Verbindung zu tragen schien, so konnte man doch kaum ein ungeliebteres Paar erblicken. Alan Dow besaß eine imponierende, statliche Figur mit fester wohlgeformten Gliedmaßen, die Dame dagegen war von einer

